

Keynote Perspektiven der Hochschulkooperation in der Region Berlin-Brandenburg

Annette Fugmann-Heesing

Anrede,

Berlin ist arm, aber sexy. So lautet ein mittlerweile berühmter Spruch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, der nach der Wahl am 18. September 2011 und dem hoffentlich absehbaren Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit Sicherheit auch wieder zum Regierenden Bürgermeister dieser lebendigen Stadt mit viel Potenzial gewählt wird.

Sexy ist Berlin nicht nur für die jungen Leute, die scharenweise als Touristen und auch auf Dauer zu uns kommen, und für die vielen Besucher aus aller Welt, die die Museen, Theater, Gedenkstätten oder einfach das Leben in den verschiedenen Kiezen der Stadt lockt. Auch die Künstler aus aller Welt zieht es heute eher nach Berlin als nach New York, weil die Stadt mit ihren Brüchen, ihrer Geschichte, der Off-Szene und ihrer ganzen Vielfalt wie ein kreativer Hefeteig wirkt und man in Berlin wegen der günstigen Lebenshaltungskosten bessere Arbeitsbedingungen findet als in vielen europäischen und nordamerikanischen Großstädten.

Sexy ist Berlin auch für Wissenschaftler, die hier eine ungewöhnliche Ballung von Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung vorfinden. Eine Umfrage von BerlinPartner, der Marketingorganisation der Stadt Berlin und der Berliner Wirtschaft, hat als ein wichtiges Ergebnis aufgezeigt, dass Wissenschaftler die Vielfalt und hohe Konzentration von Forschung und Wissenschaft genauso schätzen wie die weichen Standortfaktoren und die kreative Atmosphäre in der Stadt. Es zieht sie an einen Wissenschaftsstandort, der für die Wissenschaftslandschaft in Deutschland prägend war. Im vorigen Jahr haben wir in der relativ jungen Stadt Berlin (verglichen mit anderen deutschen Universitätsstädten wie z.B. Köln, Bonn oder München) das Wissenschaftsjahr gefeiert, u.a. 300 Jahre Charité und Akademie der Wissenschaften, 200 Jahre Humboldt-Universität und 100 Jahre Max-Planck bzw. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die deutsche Universität humboldtscher Prägung und die starke außeruniversitäre Forschung, sie haben hier ihren Ausgangspunkt genommen.

Bevor ich, meine Damen und Herren, auf die Möglichkeiten und Chancen eingehe, die nicht nur in Berlin, sondern in der Region Berlin-Brandenburg für Kooperationen bestehen

und durch Kooperationen realisiert werden können, will ich Ihnen diese Region und ihre Wissenschaftslandschaft kurz vorstellen.

1. Berlin – Brandenburg

(Folie 2)

1996 wollten die Bundesländer Berlin und Brandenburg fusionieren. Die Bevölkerung hat das nicht gewollt, in einer Volksabstimmung sind die Pläne beider Regierungen gescheitert. Der Grund dafür lag sicher in der Vergangenheit – hier das Flächenland, dessen Bevölkerung zu DDR Zeiten nicht unbedingt Sympathien für die besser versorgte Hauptstadt der DDR hegte, und dort der Stadtstaat, der ehemals durch die Mauer geteilt war. Er lag aber auch in der Angst vor der möglichen Übermacht der Millionenstadt, die zwar geographisch vollkommen vom dreiunddreißig Mal so großen Bundesland Brandenburg umschlossen ist, aber eine Million mehr Einwohner hat als Brandenburg mit seinen nur rd. 2,5 Millionen Menschen. Vor allem aber hat Berlin zwar eine deutlich höhere Wirtschaftskraft als das Nachbarland, aber auch eine extrem hohe Verschuldung. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt unter dem Bundesdurchschnitt und deutlich unter dem der beiden anderen Stadtstaaten. Das allein ist allerdings nicht die Ursache dafür, dass Berlin mehr als doppelt so hoch wie Brandenburg pro Kopf der Bevölkerung verschuldet ist. Aber es würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen, auf die Ursachen eingehen zu wollen.

So haben wir also auf nicht absehbare Zeit weiter zwei Bundesländer, zwei Regierungen, zwei Parlamente mit unterschiedlichen politischen Mehrheiten, zwei Landeshaushalte. Die Politik in der Region bemüht sich zwar um Koordinierung und Abstimmung, aber es bleiben unterschiedliche Länderinteressen im Wettbewerb um Ansiedlungen und Investoren, auch wenn immer wieder die Gemeinsamkeiten beschworen werden.

Für die Wissenschaftslandschaft heißt das: es gibt nach wie vor **zwei Rechtssysteme**, die die Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg prägen. Es gibt **unterschiedlich ausgestattete öffentliche Haushalte**, aus denen die Wissenschaftseinrichtungen finanziert werden. Und es gibt unterschiedliche **politische Fragestellungen und Prioritäten** in zwei Ländern.

Diese Bedingungen prägen eine Wissenschaftslandschaft, die hoch verdichtet ist und über großes Potential verfügt:

(Folie 3)

Berlin hat vier Universitäten, sieben staatliche Fachhochschulen (darunter drei künstlerische Hochschulen) und über zwanzig private und kirchliche Hochschulen, überwiegend

mit dem Status einer Fachhochschule. Die Berliner Universitäten waren in der Exzellenzinitiative mit sieben Graduiertenclustern, 4 Exzellenzclustern und einem Zukunftskonzept, dem der Freien Universität, erfolgreich. Die großen nationalen Forschungsorganisationen - Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft - sind jeweils mit mehreren Instituten vertreten, darüber hinaus gibt es acht Forschungseinrichtungen von Bundesministerien. Insgesamt entsteht an fast 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin neues Wissen.

In **Brandenburg** gibt es drei Universitäten, die Deutsche Hochschule für Film und Fernsehen, fünf Fachhochschulen, drei private und kirchliche Hochschulen und eine private Berufsakademie. Die großen nationalen Forschungsgemeinschaften sind mit neunzehn Einrichtungen vertreten, es gibt darüber hinaus das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) und das Einstein Forum in Potsdam.

Gemeinsam tragen beide Länder die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

In dieser hoch verdichteten Wissenschaftsregion studieren rund 200 000 Menschen und forschen und lehren rund 30 000 Menschen. Durch dieses wissenschaftliche Potenzial zählt die Region heute zu den Regionen Europas mit hoher Innovationskraft.

Ein Indikator für die große Potenzial dieser hoch verdichteten Forschungslandschaft sind die DFG-Bewilligungen und die direkte FuE-Projektförderung des Bundes im Vergleich der Regionen. **(Folie 4)**

Dennoch gilt nach wie vor: Trotz vielfältiger Kooperationen bestimmen Wettbewerb und Koexistenz der Einrichtungen noch immer zu sehr das Bild dieser Wissenschaftsregion. Die Region selbst und ihre Einrichtungen nehmen sich noch zu wenig als Teil eines Forschungsraumes wahr, sondern jeder sieht eher sich als Land und Institution.

Dafür will ich Ihnen einige Beispiele geben:

- Im Leitbild, das sich die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2006 gegeben hat, wird zwar die Stärke der Region als Wissensregion herausgestellt, als Ziel und Handlungsoption aber an keiner Stelle die stärkere Kooperation der wissenschaftlichen Einrichtungen genannt.
- Die Lokale Agenda 21, die das Abgeordnetenhaus von Berlin 2006 als Leitidee der künftigen Landespolitik beschlossen hat, bekennt sich zwar zur Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes, erwähnt aber mit keinem Wort den Wissenschafts-

standort Brandenburg und trifft deshalb auch keine Aussagen zu regionalen Vernetzungsstrategien. Als ob Berlin immer noch eine Insel wäre!

- Wenn Sie bei Google „Wissenschaftsregion Berlin Brandenburg“ eingeben, erhalten Sie zwar fast 5000 Hits, aber keinen Überblick. Denn Sie finden zwar schnell etwas zum Logo dieser Wissensregion, erhalten aber nur mühsam einen Überblick über das Forschungspotenzial der Stadt und der Region. Wenn Sie dann endlich die Seite des Business Location Center gefunden haben, eine Seite, die sich an Investoren richtet, finden Sie einen Wissenschaftsatlas, der sich allerdings nur auf Berlin bezieht. Meine Nachfrage bei Berlin Partner, warum Brandenburg ausgeblendet sei, erhielt eine einfache Antwort: Berlin-Partner, die Wirtschaftsförderungs- und Marketingorganisation Berlins, wird eben nur aus Berliner Quellen finanziert.

Aber es gibt auch Positives zu vermelden.

- Immerhin gibt es ein gemeinsames Internetportal der beiden Länder Berlin-Brandenburg, das die Wissenschafts- und Forschungsregion in ihrer Gesamtheit in den Blick nimmt.
- Beide Länder haben sich 2009 darauf verständigt, die Entwicklung Berlins wie Brandenburgs in einer gemeinsamen Innovationsstrategie voranzutreiben (innoBB) und vorhandene Innovationspotenziale und -synergien innerhalb der Gesamtregion möglichst umfassend und effizient auszuschöpfen. Die fünf länderübergreifende Zukunftsfelder sind definiert und werden in einer Clusterstrategie weiter entwickelt:
 - Gesundheitswirtschaft,
 - Energietechnik,
 - Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien,
 - Optik,
 - Verkehr, Mobilität und Logistik.

Das Forschungspotential der Region in diesen Feldern war für diese Festlegungen mit von entscheidender Bedeutung.¹

¹ Nach einer Studie der Investitionsbank Berlin (IBB) aus dem Jahre 2010 lag das durchschnittliche jährliche Umsatzwachstum in diesen Kompetenzfeldern zwischen 2002 und 2008 bei 8,8 % und damit deutlich über dem der gesamten Berliner Regionalwirtschaft (5,6 %). Das Wachstum in diesen Feldern war auch höher als in den untersuchten Vergleichsstädte Hamburg, München, Köln und Frankfurt/Main (FN 1, S. 1 Innovationsbericht 2011).

Es gibt also durchaus ein Bewusstsein und eine Strategie, die Forschungspotentiale zusammenzuführen, zu reorganisieren und Schwerpunkte zu bilden.

2. Die Einstein-Stiftung Berlin

Ist die Gründung der Einstein-Stiftung in Berlin Teil dieser Strategie? Ja und nein.

(Folie 5)

Ja, weil es Aufgabe der Stiftung ist, Spitzenforschung zu ermöglichen und Institutionen übergreifende Forschungsschwerpunkte zu unterstützen. Nein, weil der Zweck laut Satzung „die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf internationalem Spitzenniveau **in Berlin**“ ist.

Ich will Ihnen die Idee, die Entstehungsgeschichte, den Aufbau und das Programm der Stiftung kurz vorstellen und abschließend einige Anmerkungen zu ihrer Wirkung und wünschenswerten Entwicklungsperspektiven machen.

Die Einstein-Stiftung ist keineswegs eine Gründung, die von der Berliner Wissenschaftslandschaft, genauer gesagt von den Berliner Universitäten mit Begeisterung aufgenommen worden wäre. Ganz im Gegenteil, die Widerstände waren groß. Die Universitäten und die politische Opposition haben zum Teil deutliche Kritik geäußert. Die politische Opposition sagt noch heute: Gebt das Geld den Universitäten direkt als Teil ihrer Grundfinanzierung. Das spart die Overheadkosten der Stiftung und fördert die Wissenschaft nicht weniger. Doch dazu später.

Zunächst ein kurzer Abriss der Entstehungsgeschichte:

(Folie 6)

2007 stellte der 2006 neu in den Senat eingetretene Wissenschaftssenator Prof. Jürgen Zöllner fest, der Berliner Wissenschafts- und Forschungsstandort müsse "besser koordiniert, stärker globalisiert und deutlicher präsentiert werden". Das Forschungspotenzial sei in Berlin zwar reich, aber zu stark zersplittert, um international ausreichend zur Geltung zu kommen. Diese Einschätzung teilten und teilen viele - ich auch.

Zöllner verwies darauf, dass diese Frage nicht nur ein Berliner Problem sei, sondern nationale Bedeutung habe. Er sagte damals: „Da es in Deutschland nur zwei bis drei Standorte gibt, die in allen Wissenschaftsbereichen grundsätzlich mit den Spitzenuniversitäten der USA wettbewerbsfähig sind, kommt der Lösung dieses Problems in Berlin auch eine zentrale Bedeutung für Deutschland zu.“

Er hielt die bisher übliche Kooperation der Universitäten untereinander für nicht ausreichend und wollte deshalb „eine Hochschule neuen Typs, die eine Strahlkraft entwickelt, dass jeder hier forschen und studieren möchte.“

(Folie 7)

Sein Vorschlag unter dem Arbeitstitel „**International Forum of Advanced Studies (IFAS Berlin)**“ oder „International Free Humboldt Forum“ zielte darauf, eine Institutionen übergreifende Einrichtung zur Bündelung der Berliner Spitzenforschung zu schaffen. Die neue Einrichtung sollte als Stiftung der Universitäten und Forschungsgesellschaften mit der Möglichkeit privater Zustiftungen organisiert werden und auch zusätzliches Geld aus dem Landeshaushalt erhalten. Die institutionelle Verbindung der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinheiten sollte Berlin zu einem der attraktivsten Forschungsstandorte der Welt und zur begehrtesten Ausbildungsstelle für den wissenschaftlichen Nachwuchs weltweit machen.

Die von den Medien als Super-Uni bezeichnete Einrichtung sollte mittelfristig in jedem der Wissenschaftsbereiche Geistes-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin mindestens einen Forschungsschwerpunkt mit einer Graduiertenschule und zwei dazugehörigen Masterstudiengängen anbieten. Am Anfang sollten dort rund 100 Wissenschaftler aus Berlin und dem Ausland in Nebentätigkeit arbeiten. Rund 500 ausgesuchte Master-Studenten und Doktoranden sollten dazu kommen.

"Jeder in der Welt muss dann an dieser Berliner Einrichtung gewesen sein, um Karriere machen zu können", sagte Zöllner damals. Berlin bekommt ein eigenes Harvard, titelte die Berliner Morgenpost am 10. Juni 2008.

(Folie 8)

Das besondere dieses Ansatzes war:

- die institutionelle Verknüpfung der Partner;
- die Einführung eigener Master- und Promotionsstudiengänge an der neuen Einrichtung (die ersten sollten bereits im WS 2009/2010 beginnen)

- und die strategische Forschungsplanung, die sozusagen in einem Top-down Ansatz für alle Universitäten und Forschungseinrichtungen der Stadt relevant gewesen wäre.

Von diesen Ursprungsüberlegungen ist die Einstein Stiftung Berlin, die 2009 als Ergebnis der sehr kontroversen Diskussion des Zöllner-Vorschlags gegründet wurde, weit entfernt.

Der Senator konnte seine Ursprungsidee nicht verwirklichen, weil die Präsidenten, Kuratorien und Senate der Berliner Universitäten die Überlegung in zentralen Elementen abgelehnt haben. Politisch gab es zwar Rückendeckung von der Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die in der Bündelung der Spitzenforschung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Initiative sah, die zur "wachsenden Sichtbarkeit der deutschen Forschung weltweit" beitragen könnte. Aber die Mitglieder ihrer eigenen Partei in der Opposition auf Landesebene befürchteten, dass durch diese Einrichtung die Berliner Hochschulen, von denen die FU ja gerade mit ihrem Zukunftskonzept im Exzellenzwettbewerb erfolgreich gewesen war, zu Rumpf- oder Restunis degradiert würden.

Was waren die Hauptkritikpunkte:

(Folie 9)

- Die notwendige Förderung weiterer Kooperationen erfordere keine kostspielige neue Institution, sondern müsse in der Form flexibler Netzwerke erfolgen.
- Die Gründung einer neuen Institution berge die **Gefahr, die Universitäten zu Berufsbildungscolleges zu marginalisieren**. Die Herauslösung internationaler Spitzenforschung aus den Universitäten führe deshalb nicht zu einer Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandorts, sondern **schwäche** ihn.
- Im übrigen könne die Hochschule nicht von außen gesteuert werden, sondern müsse ihre Strukturplanung in eigener Verantwortung wahrnehmen. Die Universitäten wandten sich damit gegen die Vorstellung, dass die neue Einrichtung Forschungsfelder definieren sollte.
- Besonders vehement wurde die **Einführung eigener Master- und Promotionsstudiengänge** mit entsprechendem Promotions- und Graduierungsrecht abgelehnt.
- Die Studierenden kritisierten darüberhinaus, dass „ein Eldorado für Hochbegabte“ geschaffen werden sollte, während die Grundausstattung der Universitäten nicht

ausreichte, dem akademischen Nachwuchs auf breiter Ebene eine qualitativ hochwertige und chancengerechte Ausbildung zu ermöglichen.

In der Diskussion traten damit alte Konfliktlinien zu Tage:

- Der Streit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungsgemeinschaften, die schon lange das Promotionsrecht anstreben. Die Universitäten sahen in der neuen Einrichtung mit eigenen Promotionsstudiengängen das Einfallstor für ein eigenes Promotionsrecht der außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Der bekannte Konflikt zwischen auskömmlicher Grundausrüstung der Universitäten und Finanzierung der Spitzenforschung, zwischen Bildungsförderung in der Breite einerseits und Elitebildung andererseits, wurde nicht nur von den Studierenden thematisiert.
- Letztendlich ging es aber auch um die Frage von Einflussverlust, Macht und Einfluss der Präsidien Kuratorien und Senate und den Einfluss auf die Verteilung von Mitteln.

Auch die Konkurrenz zwischen den Berliner Hochschulen, die Sorge der FU als frisch gekürte Exzellenzuniversität vor Statusverlust, die Furcht, eigene Mittel könnten so auch den anderen Universitäten zu Gute kommen, das alles hat teils offen, teils verdeckt eine Rolle gespielt.

In einem Memorandum of Understanding haben sich dann nach langem Diskussionsprozess am 9. Juni 2008 die vier Berliner Universitäten, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und das Land Berlin grundsätzlich verständigt. Unter dem Dach der nun **Einstein Stiftung Berlin** genannten Einrichtung sollten selbstständige und rechtlich unselbstständige Stiftungen zusammengeführt sowie national und international Zustiftungen akquiriert werden. Mit einer zusätzlich noch zu gründenden Einstein Stiftung Berlin gGmbH sollte das Ziel verfolgt werden, neuartige Kooperationsformen zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen zu ermöglichen, Forschungsfelder zu evaluieren und zu künftigen Schwerpunkten strategisch zu beraten. Im Jahre 2009 erfolgte die Gründung der Stiftung. Nach turbulenten Anfangsjahren erhielt deren Satzung im Januar 2011 eine neue Fassung. Die ursprünglich vorgesehene gGmbH wurde nie gegründet, sie wird jetzt auch nicht weiter verfolgt. Vielmehr vergibt der Vorstand der Stiftung selbst die Fördermittel auf der Grundlage der Empfehlung einer Wissenschaftlichen Kommission.

Die Stiftung ist als Stiftung bürgerlichen Rechts mit 5 Mio € Stiftungskapital ausgestattet und erhält jährlich rund 15 Mio € Zuwendungen aus dem Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“.²

(Folie 10, Organigramm)

Ihre Organe sind der Vorstand, der Stiftungsrat und der Beirat.

Im Stiftungsrat (sieben bis neun Mitglieder) sind das für Wissenschaft zuständige Mitglied des Senats von Berlin und ein universitäres Mitglied aus der Gruppe der Partner der Einstein Stiftung vertreten. Dieses Mitglied wird aus der Gruppe der Partner (FU, HU, TU, UdK, Charité, MPG, Fraunhofer, Helmholtz, Leipzig) für die Dauer von vier Jahren benannt. Der Stiftungsrat legt die Förderschwerpunkte **einstimmig** fest und beruft die Wissenschaftliche Kommission.

Diese erarbeitet auf der Grundlage von Gutachten Empfehlungen zur Förderung für den Beschluss des Vorstandes. Sie soll aber auch Empfehlungen zu Entwicklungsperspektiven und zu einer Institutionen übergreifenden Qualitätssicherung des Forschungsstandortes Berlin erarbeiten.

(Folie 11)

Laut Geschäftsbericht 2010 sieht die Einstein Stiftung **gegenwärtig** ihre Kernaufgabe darin, in einem wettbewerblichen und antragsbasierten Verfahren die besten Wissenschaftler/-innen und Projekte auszuwählen und zu finanzieren. Gefördert werden soll die Kooperation der Einrichtungen, die Gewinnung herausragender Wissenschaftler/-innen und der wissenschaftliche Nachwuchs.

Die Stiftung hat ihr Programmportfolio geschärft und folgende Programmlinien festgelegt
(Folie 12, 13):

Einstein-Zentren, Einstein-Forschungsvorhaben, Einstein-Professuren, Einstein Research Fellowships, Einstein Visiting Fellows, Einstein Junior Fellows, Einstein International Postdoctoral Fellows für Nachwuchsgruppen, Einstein-Zirkel und Wissenschaftliche Veranstaltungen. Damit werden sowohl Forschungsverbünde als auch etablierte wie junge Nachwuchsforscher gefördert und in ihrer Vernetzung national und international unterstützt. Antragsberechtigt sind ausschließlich die vier Berliner Universitäten und die Charité oder mit diesen verbundene Personen. Einige Programme erfordern zusätzlich die Einbindung außeruniversitärer Berliner Forschungseinrichtungen.

² Der Masterplan ist mit rund 70 Mio € jährlich ausgestattet, davon fließt rund die Hälfte in den Ausbau von Studienplätzen und die andere Hälfte in die Forschungsoffensive. Rund 20 Mio € davon werden von der Senatsverwaltung selbst bewilligt, insbesondere als Kofinanzierung im Rahmen der Exzellenzinitiative. 15 Mio € fließen als Zuwendung an die Stiftung.

Auf Grund der Zeitvorgabe kann ich nicht auf alle Programme eingehen. Ich greife die heraus, die in besonderer Weise die institutionelle Vernetzung fördern sollen.

Das Programm der **Einstein-Zentren** soll für die bereits von dritter Seite geförderten Spitzenforschungsverbünde (z.B. Exzellenzcluster, Graduiertenschulen, DFG-Forschungszentren) in Berlin die Möglichkeit eröffnen, die durch die Förderung Dritter erarbeiteten Ergebnisse für die gesamte Berliner Wissenschaftslandschaft auf innovative Weise nutzbar zu machen. Antragsberechtigt sind die Berliner Universitäten und die Charité nur, wenn mindestens zwei dieser Institutionen beteiligt sind und weitere außeruniversitäre Berliner Forschungseinrichtungen institutionell eingebunden sind. Das Programm ist mit einem Bewilligungszeitraum von max. sieben Jahren so angelegt, dass insbesondere eine Verstetigung der Exzellenzcluster und Graduiertenschulen i.R. der Exzellenzinitiative erreicht wird und damit auch die Position der Berliner Wissenschaftslandschaft in der Antragstellung zur Exzellenzinitiative gestärkt wird. In diesem Programmbereich könnte ab 2017 ein Schwerpunkt der Förderung liegen.

Die **Einstein-Forschungsvorhaben** sollen exzellente wissenschaftliche und gestalterische Projekte auf höchstem internationalem Niveau sein, im positiven Sinne risikobehaftet und von mehreren antragsberechtigten Institutionen oder einer antragsberechtigten Institution mit einem Kooperationspartner getragen. Kooperationspartner können andere Berliner öffentlich grundfinanzierte wissenschaftliche Einrichtungen sowie die Hebrew University sein. Die Förderdauer beträgt maximal drei Jahre. Sie bildet einen der Schwerpunkte der diesjährigen Förderung.

Die genannten Programme zielen nicht direkt auf die Vernetzung mit Forschungseinrichtungen in Brandenburg. Dieser Aspekt kann nur im Programm **Einstein Research Fellowships** zum Tragen kommen. Denn dieses Programm ermöglicht universitären Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftlern für maximal zwei Jahre, an einem außeruniversitären Institut zu forschen. Dabei soll es sich primär um eine Berliner Einrichtung handeln, es kann aber auch eine gastgebende Einrichtung außerhalb Berlins mit existierenden intensiven Kooperationsbeziehungen zu Berliner Forschungseinrichtungen sein.

(Folie 14)

Was unterscheidet die Einstein Stiftung vom ursprünglichen Ansatz des International Forum of Advanced Studies?

- Es gibt (noch) keinen strategischen Top-down Ansatz, sondern über die Antragstellung in einem Wettbewerbsverfahren werden Kooperationen in einen Bottom-up Ansatz realisiert.
- Die Stiftung ist keine Hochschule neuen Typs, wie sie Senator Zöllner ursprünglich vorschwebte. Es gibt keine eigenen Studiengänge und Abschlüsse.
- Die Wissenschaftseinrichtungen werden deshalb auch weiterhin ihre jeweils eigene Strategie entwickeln, eine strategische Forschungsplanung für ganz Berlin geht von der Stiftung direkt nicht aus.

(Folie 15)

Dennoch ist von der Stiftung ein deutlicher Mehrwert für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Berlin zu erwarten:

- Sie fördert Kooperationen und setzt damit einen Anreiz, dass sich die Universitäten untereinander und mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin besser vernetzen.
- Der Förderansatz hilft, Projekte, die von der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder oder der DFG gefördert werden, zu verstetigen. Allerdings muss man auch anmerken, dass die Förderung wie in vielen anderen Förderprogrammen auch projektbezogen und zeitlich befristet bleibt. Nachhaltige neue Strukturen können deshalb angeregt, aber durch die Stiftung selbst nicht dauerhaft gesichert werden.
- Die Förderung von Berufungen und Bleibeverfahren für exzellente Wissenschaftler wie die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern kann helfen, Spitzenwissenschaftler_innen nach Berlin zu holen und hier zu halten.
- Die Mittel der Stiftung sind (in Grenzen) flexibler einsetzbar als im Rahmen von Verwaltungsverfahren der Senatsverwaltung. Das ermöglicht auch schnelleres Handeln. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die durch die Stiftung ermöglichte Vergabe einer Gastprofessur an den Chinesischen Künstler Ai WeiWei.
- Die Gestaltung der Vergabe in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren der Begutachtung und Empfehlung durch die Wissenschaftliche Kommission lässt erwarten, dass eifersüchtiges Proporzdenken auf die Entscheidungen keinen Einfluss haben kann.

Langfristig ist zu hoffen, dass die Stiftung durch die Wissenschaftliche Kommission auch Empfehlungen zur Entwicklung der regionalen Forschungspotentiale gibt und damit inhaltliche Schwerpunktsetzungen des Fördergeschehens selbst anregt und umsetzt.

Die Berliner Wissenschaftslandschaft wird auf jeden Fall von der Einstein Stiftung profitieren. Für die Region Berlin-Brandenburg gilt das nicht. Denn die Stiftung ist (leider) kein Instrument, die Vernetzung in der gesamten Region nachhaltig zu fördern. Brandenburger Forschungseinrichtungen sind von der Förderung nahezu ausgeschlossen, hier wäre eine Weiterentwicklung dringend erforderlich. Ob das in Zeiten knapper Kassen und föderaler Konkurrenzen gelingt, kann man sicher mit einem großen Fragezeichen versehen. Es bleibt eine Aufforderung an die Politik, darauf ernsthaft hinzuarbeiten.